

Abt. Leitende Organe der Partei
und der Massenorganisationen

Berlin, den 14.6.1953
- 24 Uhr -

T a g e s b e r i c h t Nr. VI

Bericht über die Stimmung in der Bevölkerung und der Partei zum Kommuniqué des Polit.-
Büros vom 9.6.1953

Aufgrund der heute eingegangenen Meldungen der Bezirke und Kreise und der Instrukteure der Abt. Leitende Organe der Partei und der Massenorganisationen des ZK ergeben sich folgende Feststellungen: (Über die Lage in Berlin kann heute nicht berichtet werden, da der Sektor Information nicht besetzt war.)

1.) Die Intensität der Diskussion in allen Bevölkerungsschichten hält nach wie vor an. Alle bisher gemeldeten Argumente sind noch in vollem Umfange vorhanden. Die Diskussionen werden im allgemeinen ruhiger und differenzierter. Sie berühren stärker die Einzelfragen und Einzelmaßnahmen des Kommuniqués entsprechend den Interessen der verschiedenen Bevölkerungsschichten. Die Breite der Diskussion zeigt sich auch daran, daß die Redaktionen der Zeitungen in starkem Maße Briefe und Stellungnahmen aus der Bevölkerung erhalten. Eine Analyse dieser Briefe ist im heutigen Bericht noch nicht möglich.

Es muß festgestellt werden, daß die Feindsätigkeit an Umfang zugenommen hat und stellenweise organisierter auftritt.

2.) Im Vergleich zu den Vortagen treten einige neue Variationen in den Argumenten auf. Das gilt vor allem für die Frage, daß es zwar gut ist, daß die Partei selbstkritisch Stellung nimmt, daß das aber schon einige Wochen vorher notwendig gewesen wäre, bevor durch bestimmte Maßnahmen Teile der Bevölkerung in Opposition zu Partei und Regierung geraten (Gera u.a.).

Besonders unter den Arbeitern wird viel diskutiert, daß die Arbeiter schon längst mit einigen Maßnahmen nicht mehr einverstanden waren, vor Kritik aber zurückscheuten, weil sie keine Anerkennung fanden, oder ihre Kritik oft als Sabotage aufgefaßt wurde. Die Arbeiter und Intelligenz des Schiffsbau Stralsund z.B. diskutierten folgendermaßen: Es ist schon so weit, daß wir Werktätigen nicht mehr offen über das reden wollten, was uns alle beschäftigt. Man wußte nie, wie es aufgefaßt wird und mit welchem Funktionär man es zu tun hat. Nach Meinung der Arbeiter gibt es in der Partei viele Genossen, die in Wirklichkeit keine sind, die aber durch diktatorische Maßnahmen und frisierte Berichte sich selbst ins gute Licht setzen wollen. Kritik von seiten der Arbeiter und Bauern wurde oft als Sabotage aufgefaßt. (Ähnliche Diskussionen in vielen anderen Betrieben und Dörfern).

In stärkerem Maße wird auch die Presse kritisiert (z.B. „Neues Deutschland“), daß sie bisher immer geschrieben habe, daß die eingeleiteten Maßnahmen auf Wunsch der Bevölkerung geschehen seien und von ihr mit Begeisterung aufgenommen wurden, was gar nicht den Tatsachen entsprach. Gleichzeitig wird kritisiert, daß kritische Briefe von Arbeitern in den Zeitungen (z.B. „Freies Wort“ Suhl) nicht so erschienen sind, wie sie die Arbeiter geschrieben

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
--	-------------------------	---

haben, sondern von den Redaktionen frisiert und entstellt wiedergegeben wurden. Das Ergebnis war, daß nicht die wirkliche Meinung der Arbeiter, sondern die Meinung der Redaktion veröffentlicht wurde, was das Vertrauen der Massen zur Wahrhaftigkeit der Parteipresse auch in anderen Fragen schädigte.

Einige der im Kommuniqué des Politbüros enthaltenen Maßnahmen werden als zu weitgehend empfunden. So gibt es verbreitet in der Arbeiterklasse (vor allem Landarbeiter) die Forderung, die Rückgabe des Eigentums an frühere Republikflüchtige genau zu überprüfen (z.B. ABV Detzau, Kreis Schleitz u.a., Schwerin).

Auch die Maßnahmen zugunsten der „Jungen Gemeinde“ stoßen auf wachsenden Widerstand (Partei, FDJ). Hinsichtlich der Haftentlassung wird gefordert, diese erst nach gründlicher Überprüfung und Vorbereitung durchzuführen. Die Anweisung des Genossen Maron und im Justizapparat auf sofortige Haftentlassung wird zum Teil als unrichtig empfunden.

So erklärte z.B. bereits am Tage der Veröffentlichung des Kommuniqués der Staatsanwalt im Kreis Waren dem 1. Kreissekretär, daß er bereits alle Listen der eingesperrten kapitalistischen Kräfte fertig habe und diese sofort freigelassen werden könnten. Gerade in Waren wurde an diesem Tag ein übel beleumdeter Gastwirt H., früherer Führer der SA, auf freien Fuß gesetzt. Sein Lokal wird als SA-Schläger-Lokal aus der Vergangenheit bezeichnet, sein Angestellter ist der ehemalige faschistische Polizeimeister R. und eine Frau D., ehemalige Kreisfrauenschaftsführerin im Kreise Waren. Andererseits wurde z.B. ein Arbeiter aus der Zuckerfabrik Anklam, der 400 g Zucker gestohlen hatte, nicht mit freigelassen.

Gleichzeitig zeigen sich heute Diskussionen zu Fragen, die nicht unmittelbar im Kommuniqué des Politbüros genannt werden, die jedoch im Zusammenhang stehen mit der wachsenden Kritik an bürokratischen Erscheinungen in Verwaltungsstellen und besonders der SVA. Diskutiert wird z.B. (Marmeladenfabrik Plaaten, Bezirk Schwerin), warum die Rentempfänger ihr Geld ständig zu neuen Terminen bekommen. Am Ende des Jahres wäre dann ein ganzer Monat eingespart. Überhaupt werden heute Diskussionen aus den Reihen der Werktätigen gemeldet, daß die Regierung besser daran tue, die Renten zu erhöhen, als den Großbauern und Kapitalisten Geld hinterher zu werfen.

Hinsichtlich der Rückkehr von Republikflüchtigen gibt es aus allen Bezirken Meldungen, ohne daß schon ein Überblick über den Umfang gegeben werden kann. Aus dem Bezirk Potsdam wird gemeldet, daß Westberliner Jugendliche in die DDR wollen, um endlich Arbeit zu bekommen. Sie werden von der Grenzpolizei, die in dieser Frage keine Anweisung hat, zurückgewiesen. Gleichzeitig meldet Potsdam, daß die Republikflucht in den letzten Tagen stark zurückgegangen sei.

In der Nacht vom 13. zum 14.6.1953 kamen bei Geistungen, Krs. Worbis, 2 Jugendliche über die Grenze und sagten aus, daß der Zoll drüben verstärkt worden sei und britisches Militär Kontrollen fahre. Das Durchkommen nach der DDR wäre außerordentlich erschwert worden.

3.) Aus den Betrieben werden vereinzelt Produktions- und Normenverpflichtungen gemeldet (Wismut, 10 Brigaden des „Thomas-Münzer-Schachtes“ u.a.). Verstärkt hat sich jedoch in den Betrieben die Diskussion über die Normenerhöhung, wobei z.B. in der Geraer Woll- und Seidenweberei Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre ebenfalls gegen die Normenerhöhungen auftreten.

In der Schmiede des Schwermaschinenbaus „Heinrich Rau“, Wildau, wurde wie folgt diskutiert: Früher habt ihr uns davon überzeugt, daß das Lohngefüge nicht übereinstimmt mit

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
--	-------------------------	---

der Steigerung der Arbeitsproduktivität, deswegen die Normenerhöhungen. Jetzt gibt es Preisherabsetzungen, ohne daß die Normenerhöhung bereits durchgeführt wurde. Wo kommt denn jetzt auf einmal das Geld her?“

In einigen Betrieben kam es wiederum zu kurzfristigen Streiks oder Streikandrohungen (Ifa-Karosseriewerk Halle, 2 Stunden, Baumwollspinnerei Leipzig, WHW Maschinenfabrik Meuselwitz). Von der Wismut wird gemeldet, daß im Gegensatz zu den letzten Wochen jetzt wieder im stärkeren Maße die gegnerischen Sender gehört werden.

4.) Zur Lage in den Mittelschichten werden auch heute Fälle berichtet, wo Anträge auf Geschäftswiedereröffnung gestellt werden und mit der HO Verträge beantragt werden (Kreis Aschersleben z.B. 8 Anträge auf Geschäftseröffnung). Insgesamt muß jedoch gesagt werden, daß die Parteileitungen es in diesen Tagen noch nicht verstanden haben, Verbindungen zu den Mittelschichten herzustellen, und dadurch nur lückenhaft in der Lage sind, die tatsächlich vorhandene Stimmung und Argumentation einzuschätzen.

Auch eine Kontrolle der Verwaltungsorgane hinsichtlich der Durchführung der entsprechenden Verordnungen der Regierung erfolgt kaum noch.

5.) In der Masse der Einzelbauern setzt sich stärker das Argument durch, daß das Leben jetzt freier wird, und es entwickelt sich im gewissen Umfang eine zuversichtlichere Stimmung. Das zeigt sich z.B. darin, daß in verschiedenen BHG jetzt ein größerer Umsatz an Baustoffen zu verzeichnen ist. So wurden z.B. in der BHG Hohenbuckow, Kreis Herzberg, 5 Waggons Zement größtenteils gegen sofortige Bezahlung verkauft. Diese Erscheinungen sind auch in anderen BHGs des Kreises Herzberg und des Kreises Luckau festgestellt worden.

In den Produktionsgenossenschaften, in denen starke Parteiorganisationen bestehen, oder wo die Kreisleitung durch qualifizierte Instrukteure und Mitarbeiter die Diskussion gelenkt hat, ist eine gewisse Beruhigung festzustellen, und die Saatenpflegearbeiten wurden im notwendigen Umfang weitergeführt.

Die LPG „Rotes Banner“, Schönhausen, Krs. Havelberg, z.B. wurde am 13.6.53 als erste LPG im Bezirksmaßstab mit der Wanderfahne ausgezeichnet. An dieser Auszeichnung nahmen ca. 350 Genossenschaftsbauern teil. Die LPG „Rotes Banner“ verpflichtete sich, 10.000 Liter Milch über den Plan hinaus zu liefern und die Ernte bis zum 30.8.53 abzuschließen. In ähnlicher Form liegen Selbstverpflichtungen auch von anderen LPGs des Bezirkes Magdeburg vor. Noch stark vertreten ist in vielen LPGs der Widerstand dagegen, den Großbauern Land und Vieh usw. zurückzugeben. In Wöbelin, Bezirk Schwerin, kam es zu heftigen Diskussionen in der Gemeindevertretersitzung. Der ehemalige Ortsgruppenleiter der NSDAP, der zu 10 Jahren Gefängnis verurteilt worden war, aber 1950 schon entlassen wurde, hatte seine frühere Schmiede im Pachtvertrag übernommen. Im Januar 1953 wurde diese Schmiede der MTS übergeben. Der frühere Ortsgruppenleiter fordert nun die Schmiede zurück. Die Gemeindevertreter waren empört und erklärten, daß solchen Strolchen wie ihm das Eigentum nicht zurückgegeben werden dürfe. Die Bauern von Wöbelin stellten sich die weitere Entwicklung so vor, daß von den 280 ha Land (devastierte Fläche von 9 Großbauern) nur ein geringer Teil an zurückkehrende Großbauern ausgegeben werden soll, da diese nicht in der Lage seien, das Land richtig zu bearbeiten. Man solle für das übrige Land eine Abfindung geben.

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
--	-------------------------	---

Nach wie vor ist in solchen LPGs, die in starkem Maße aus früheren Landarbeitern bestehen, wie bereits gestern gemeldet, die Unruhe groß, und es zeigen sich Auflösungstendenzen oder erfolgen Austritte (Bezirke Schwerin, Potsdam u.a.). Verstärkt wird das dadurch, daß sich die Beispiele mehren, wo Großbauern auf gewalttätige und provokatorische Art ihre Höfe zurückfordern. Im Kreise Naumburg z.B. versuchten Großbauern, LPG-Mitglieder von den Feldern der devastierten Betriebe zu verweisen. Der Großbauer Sp. aus Hoym verlangte vom Bürgermeister, die Genossenschaftsbauern vom Hof eines republikflüchtigen Großbauern zu verweisen, da er selber die Treuhandenschaft übernehme. Zu den früheren Landarbeitern und jetzigen Genossenschaftsbauern sagte er, daß die jetzt nur noch die Flächen bearbeiten sollen, die dem Großbauern gehören, damit dieser alles in bester Ordnung vorfindet, wenn er zurückkommt. (Die Genossenschaftsbauern hätten ihn fast verprügelt.)

Das ist ein typisches Beispiel für das ansteigende provokatorische und freche Auftreten von Großbauern.

Zu einer ausgesprochen feindlichen Aktion kam es in Eckolstedt, Krs. Apolda. Auf einer VdgB-Versammlung mit 300 Teilnehmern wurden 4 haftentlassene Großbauern vom VdgB-Vorsitzenden begrüßt, der anschließend das Kommuniqué des Politbüros behandelte. In dieser Versammlung sollte ein Kampfplan angenommen werden, zu dem der Großbauer H. den Zusatzantrag stellte, den Aufbau des Sozialismus abzuschaffen und die LPGs aufzulösen. In einer Entschließung wird die Neuwahl des Gemeinderates und der Ausschluß der 3 SED-Vertreter, die sofortige Ablösung des Bürgermeisters, der Rücktritt der Regierung und die Durchführung von Neuwahlen gefordert.

In anderen Orten wurden zurückgekehrte Großbauern auch heute mit Glockengeläut und Blumen empfangen.

6.) In den Fragen der „Jungen Gemeinde“ ist hervorstechend das wachsende Unverständnis gegenüber den Maßnahmen des Politbüros, besonders in den Reihen der Oberschüler und der Funktionäre der FDJ.

Aus fast allen Bezirken wird von Widerstand gegen die Maßnahme berichtet. Bei vielen Funktionären der FDJ verspürt man eine Ratlosigkeit, die sich z.B. auch darin äußert, daß man sich nicht mehr getraut, an die Oberschulen zu gehen. Es taucht das Argument auf, daß nunmehr die „Junge Gemeinde“ praktisch legalisiert und damit die Spaltung der Jugendbewegung vorhanden ist.

Auf der anderen Seite wird in stärkerem Maße von zustimmenden Argumenten parteiloser oder nicht organisierter Jugendlicher berichtet. So gibt z.B. die jugendliche Kollegin A. von der Sparkasse Saalfeld ihrer Freude Ausdruck, daß die von der Oberschule verwiesenen Schüler wieder aufgenommen werden. Sie sagt dann weiter: „Es sind so viele in die „Junge Gemeinde“ gegangen, weil es dort schöner war als bei der FDJ. Dort wurden Versammlungen und Spiele gemacht oder Geschichten erzählt, und man konnte dort ungestört lustig sein. Jetzt ist es in der FDJ aber schon besser geworden, wir gehen auch gerne in das Haus der Jugend, wo Freunde von der Berufsschule mitmachen, aber ich selber fühle mich immer etwas abgestoßen von der schlechten Moral, die teilweise noch in der FDJ herrscht.“

Unmittelbar nach der Veröffentlichung des Kommuniqués des Politbüros und besonders in den letzten Tagen traten die Angehörigen der „Jungen Gemeinde“ wieder offen auf (Abzeichen usw.), und die Pfarrer führten wieder Veranstaltungen durch. In Leipzig hatte eine

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
--	-------------------------	---

Gruppe von etwa 25 Oberschülern einen Schweigemarsch durchgeführt und Karikaturen von Spitzenfunktionären der Regierung mitgeführt (Grotewohl, Nuschke).

Zu bemerken ist, daß das Kommuniqué des Politbüros bei den Jugendlichen der Pfeiferschen Stiftungen eine förmliche Palastrevolution ausgelöst hat. Einige Jugendliche hißten als Protest sofort eine rote Fahne und erklärten: „Das machen wir nicht mit, wenn die wiederkommen, dann streiken wir.“ (Magdeburg)

Auch in den Neinstedter Anstalten kam es zu Protesten. Viele Zöglinge erklärten, daß sie fliehen würden, wenn sie wieder die barbarischen Erziehungsmethoden der Kirche erleiden sollen.

7.) Viele leitende Organe der Partei bemühen sich, ernsthaft und verantwortungsbewußt einen Überblick über die Stimmung der Bevölkerung zu bekommen, Argumentationen zu verschiedenen Fragen herauszuarbeiten und auf feindliche Tätigkeit zu reagieren. Es muß jedoch festgestellt werden, daß ihre Informationen oftmals noch einen zufälligen Charakter tragen. Solche wichtigen Abschnitte der Arbeit wie z.B. die Lage an der Grenze wurden ungenügend beachtet und die Arbeit ist manchmal noch auf Fragen orientiert, die gegenwärtig Nebenfragen sind. Das erklärt sich aus der Tatsache, daß die leitenden Organe noch keine klaren Vorstellungen haben, wie die Arbeit weitergeführt werden soll. Andererseits muß festgestellt werden, daß eine Reihe der Bezirksleitungen (z.B. Neubrandenburg, Potsdam u.a.) in ihren Analysen sich mehr oder weniger auf eine Wiederholung der bereits in den Tagesmeldungen enthaltenen Probleme beschränken, ohne eine wirklich kritische Analyse der Lage und Entwicklung zu geben und Probleme aufzuwerfen, die ihrer Meinung nach jetzt von der Partei gelöst werden müssen.

Anderer Bezirke vereinfachen offensichtlich die Einschätzung der unmittelbaren Wirkung des Kommuniques vom Gesichtspunkt der Festigung des Vertrauens der Massen zur Partei. Die Bezirksleitung Rostock z.B. formuliert in einem Bericht, daß die Unzufriedenheit unter der Bevölkerung durch das Erscheinen des Kommuniques zum großen Teil bereits schon liquidiert sei.

In den Grundorganisationen und unteren Leitungen wird jetzt besonders die Frage gestellt, wie sollen wir weiter diskutieren, und es wird das Fehlen einer rechtzeitigen Argumentation durch das ZK kritisiert. Aus Grundorganisationen im Bezirk Gera kommt die Forderung, daß es jetzt an der Zeit sei, daß führende Genossen der Partei zur Lage und den Aufgaben der Partei sprechen.

Aus dem Bezirk Erfurt wird gemeldet, daß von vielen Genossen und Funktionären der Leitartikel im ND kritisiert wird, weil er lediglich eine Wiederholung des Kommuniques war und keine wirkliche Hilfe und Anleitung gab. Für die Unsicherheit, die in vielen Parteiorganisationen gegenwärtig noch vorhanden ist, ist bezeichnend, daß z.B. im Kreis Leipzig Stadt Parteimitglieder sich gegenüber parteifeindlichen Äußerungen und Handlungen zurückhaltend verhalten, da sie der Meinung sind, daß wir jetzt etwas „leise treten“ müssen.

In einer Aussprache eines Instruktors der Abt. Leitende Organe des ZK mit dem Genossen Quandt über die Verbesserung der Information erklärte dieser, daß es nicht nur darauf ankomme, die Information zu organisieren, viel wichtiger sei, daß vom ZK Argumentationen herausgegeben werden, oder dem Bezirkssekretär bei der Herausgabe eigener Argumentationen mehr Vertrauen geschenkt wird. Er war sehr aufgebracht über die fehlende

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
--	-------------------------	---

Argumentation, besonders darüber, daß nicht auf das Argument: „Wo ist der Genosse Wilhelm Pieck?“ ausführlicher Bericht erfolgt.

Ein typisches Beispiel für die anwachsende Stimmung bei vielen Parteimitgliedern ist die Stellungnahme des Genossen Schönke, Vorsitzender des Rates des Kreises Suhl. „Ich selbst stelle mir nun die Frage, wie konnte es zu diesen Fehlern kommen? Da ich selbst, obwohl mit vielen Dingen nicht einverstanden, nicht den Mut gefunden habe, dies im Kreis- oder Bezirkssekretariat zum Ausdruck zu bringen, konnte es zu diesen Fehlern kommen. Meine Schlußfolgerung ist, in Zukunft jede Verordnung oder jeden Beschluß des ZK eingehend zu studieren und in Verbindung mit der konkreten Lage zu betrachten. Das heißt, die Kritik anzusetzen auch am Politbüro oder am Sekretariat des ZK.“

Ähnliche Argumente, künftige Beschlüsse des ZK zu überprüfen, ehe man sie durchführt, werden aus vielen anderen Bezirken ebenfalls berichtet.

Auch heute werden wieder einzelne Parteiaustritte gemeldet (Aropharmwerk Riesa).

Andererseits wird z.B. von der Parteiorganisation Wismut auch über einige Parteieintritte berichtet.

Auch über das Auftreten früherer SPD-Leute liegen neue Meldungen vor. Die Arbeiter Willi P. und Karl W. aus Großziethen, Krs. Eberswalde, sagten: „Jetzt ist die Zeit gekommen, wo die SPD wieder rankommt, und wir sind alte SPDer.“ Gleichzeitig wird aus mehreren Kreisen berichtet, daß Genossen fragen, ob es jetzt keinen Klassenkampf mehr gäbe.

8.) Bei der Untersuchung der feindlichen Tätigkeit zeigt sich eine verstärkte Flugblattverteilung und die Versendung von Drohbrieffen an Funktionäre, Angehörige der Intelligenz usw. Die Bezirksleitung Leipzig meldet, daß sich die tätlichen Angriffe auf Bürgermeister auf dem Lande häufen. Trotzdem ist die verbreitetste Form der gegnerischen Tätigkeit nach wie vor die Verbreitung von Gerüchten.

Besonders ausgeprägt sind immer noch die Gerüchte um den Genossen Wilhelm Pieck. In der Kreisverwaltung Jüterbog, wo die Angestellten aufgefordert wurden, ein Protestschreiben gegen die Hinrichtung des Ehepaares Rosenberg zu unterschreiben, wurde die Meinung vertreten, daß es besser wäre, Unterschriften für die Freilassung des Genossen Pieck zu sammeln. Verstärkt hat sich die Argumentation über die Revision der Oder/Neiße-Friedensgrenze (fast alle Bezirke), gleichzeitig fordern Ausgesiedelte ihre Rückführung an die D-Linie.

Neu aufgetreten sind Gerüchte über angebliche Aufstände in der Sowjetunion und den Volksdemokratien (Bezirk Dresden), über die Auflösung der KVP (Bezirk Erfurt), und daß alles nur leere Versprechungen seien, um Stimmen für die nächste Wahl zu sammeln (Bezirk Rostock).

In Stralsund kam es ebenfalls zu einer Demonstration vor dem Gefängnis (200 Menschen mit Blumensträußen), in der Hauptsache zum Empfang des Mitinhabers der Strelener Fischwerke. In Brandenburg gibt es nach der Demonstration vom 12.6. Gerüchte, daß das Gefängnis gestürmt und die Inhaftierten befreit worden seien. (siehe Tagesmeldung vom 13.6.)

gez. Karl Schirdewan

[Quelle: SAPMO-BArch, NY 4090/435, Bl. 6-15; Namen von den Hg. anonymisiert.]

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
--	-------------------------	---

*Bundeszentrale für politische
Bildung*

DeutschlandRadio

*Zentrum für Zeithistorische
Forschung Potsdam e.V.*